Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluß, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 24.Sept.1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Gandhi im Hungerstreik.

SPD. Etwa ein Fünftel der Bewohner der Erde, 320 Millionen Menschen, wohnen auf dem indischen Kontinent; davon 247 Millionen in Britisch-Indien. Sie sprechen mehr als zweihundert Sprachen und Dialekte. Von der neuzeitlichen Grosstadt wie Bombay oder Kalkutta bis zum Dschungel, von der europäischen Textilfabrik bis zum Spinnrad, von Tanzbar und Jazzmusik bis zum Derwischkloster und der Witwenverbrennung: eine Fahrt durch das heutige Indien gleicht einer vielhundertjährigen Wanderung durch die ökonomische, soziale, religiöse und politische Geschichte Europas.

Was nach europäischen Begriffen als "indischer Freiheitskampf" bezeichnet wird, ist stellenweise der Beginn, stellenweise der Endkampf um die bürgerliche Emanzipation des indischen Volkes. Hindernisse von gradezu unübersteigbarer Höhe türmen sich auf. Da ist der gemeinsame Gegner: die englische Fremdherrschaft. Mit ihr verbündet ist die einheimische Feudalhierarchie. Diese unumschränkten Grund- und Bodenbesitzer und Steuereinnehmer, diese Fürsten, Prinzen und Maharadschahs thronen aber nicht nur auf den eignen und fremden Bayonetten, sondern sie haben einen noch grösseren und mächtigeren Alliierten im lieben Gott und in der Religion. Es gibt in Indien acht grosse Religionen, die untereinander wiederum gespalten sind in Arten und Formen. Krieg und Totfeindschaft ist zwischen den 69 Millionen Bekenner Mohameds und den Hindus. In ewiger Furcht, von den Hindus ausgetilgt zu werden, hielt bisher die mohamedanische Minderheit treu zu England. Es waren in der Hauptsache die Gegensätze zwischen diesen beiden Religionen, an denen die Londoner Konferenzen gescheitert sind.

Wenn die Mohammedaner, dank höherer und dem modernen Leben besser angepassten Religions- und Sittengesetze zu einer festen Einheit zusammengeschweisst sind, so atomisiert die Hindu-Religion ihre 220 Millionen Bekenner. Zerschnitzt und spaltet sie in Anhänger der verschiedensten Götter und Sekten und teilt sie in unzählige Kasten. Kein System, das so antisozial, reaktionär und gemeinschaftshindernder wäre als die Hindu-Religion. Wenn z.B. in Kalkutta die Strassenkehrer der Hauptstrassen mit denen der Nebenstrassen nicht gemeinsamen essen dürfen, so ist dies keine Uebertreibung, sondern bittere Wahrheit. 41 Millionen Inder leben heute noch als Parias und Ausgestossene, als Kaste und Klasse der "Unberührbaren", 41 Millionen Menschen, denen kein Inder einer höheren Kaste die Hand berühren darf; die im Dorf nicht einmal das Wasser aus dem den anderen Kasten gemeinsamen Brunnen schöpfen können; die in eine Seitenstrasse ausweichen müssen, wenn ein Inder der anderen Kaste daherkommt; "Unberührbare", deren Kinder selbst in den von England eingerichteten Schulen im Hintergrund an der Wand stehen und durch eine Scheibe von den anderen Kindern getrennt sein müssen, falls sie überhaupt zugelassen werden.

Das sind die Gegensätze in Indien, in denen das Geheimnis der englischen Herrschaft ruht. Eine Herrschaft, die aufrecht erhalten werden kann mit 5000 englischen Beamten und etwa 50 000 englischen Truppen. Dieses Indien

ringt heute um seine bürgerliche Emanzipation, die sich nach aussen in seinem Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Freiheit manifestiert.

In diesem Kampf ist Gandhi der nationale Held und Abgott! Er ist in Indien geboren, er hat in London studiert und war Rechtsanwalt in Kapstadt. In ihm mischen sich Indien und Westeuropa; der indische Säulenheilige und Weise mit dem gerissenen westeuropäischen Advokaten. Er ist die Seele des Widerstandes gegen England und der Vater des indischen Boykotts und der passiven Resistenz. Er hat die Inder gelehrt mit der Waffe des organisierten westeuropäischen Industrieproletariats gegen die Europäer zu kämpfen, aber er ist gleichzeitig der gläubige und tieffromme Hindu und Bekenner seines Glaubens geblieben, der die Gewalt missachtet und ihre Anwendung streng verpönt. Er verbietet seinen Anhängern jeden Waffengebrauch, und wenn sie irgendwo Blut vergiessen, betet und fastet er und kasteit sich. Für Gandhi ist der Mensch gut, selbst der schlimmste Feind, und als er vor einigen Monaten seinen beabsichtigten Hungerstreik dem Ministerpräsidenten des britischen Imperiums ankündigte, begann der Brief an MacDonald mit den Worten: "Lieber Freund!"

Es sind nicht wenige Europäer, die in Gandhi nur einen gerissenen Schauspieler und Advokaten sehen. Selbst in Indien, wo er allgemein als Heiliger gilt, bekämpft ihn der radikale Flügel der Freiheitsbewegung. Die Wahrheit dürfte sein, dass dieser glühende Nationalist und Führer der Freiheitsbewegung über seinen kleinbürgerlichen Idealismus nicht hinauskommt. Dieser Gandhi hasst die Maschine, von der alles Uebel ausgehe, und wie Rousseau vor 1789 in Frankreich und wie Tolstoi vor der französischen Revolution, so predigt Gandhi die Rückkehr zur Natur und zu den Sitten der Väter. Deshalb sitzt er in jeder freien Minute am Spinnrad, deshalb führt er das Leben eines indischen Asketen, um dem Volk ein Beispiel zu geben, wie es nur in der Abkehr von der Neuzeit wieder glücklich werden könne. Indien vor der Besetzung durch England, das ist ihm das Ideal. Wenn er sich jetzt zu Tode hungern will, so deshalb, um als Sühne-Opfer für die Freiheit zu sterben, weil England den "Unberührbaren" Sitz und Stimme in den künftigen indischen Kommunalvertretungen gewähren will. Die unberührbaren Lastträger seines Volkes sollen gleichberechtigt werden. Das rührt an den Grundlagen der Religion und zugleich an der bürgerlichen Vorherrschaft.

Im Lichte der marxistischen Geschichtsauffassung wirkt dieser grosse nationale Erwecker Indiens, dieser Vorkämpfer der indischen bürgerlichen Revolution als ein Rückwärtser und Unterdrücker der untersten, so unsagbar ausgebeuteten und schlimmer als das Vieh behandelten Klasse der Unberührbaren. Stirbt Gandhi am selbstgewählten Hungertod, so bestätigt dieses Sterben sein Leben. Erzwingt er aber durch sein Fasten innerhalb des indischen Volkes ein Kompromiss in der Frage der Unberührbaren, dann hat er den englischen Plan, diese Kaste als neuen Machtstützpunkt zu erwerben, diesmal durchkreuzt, er Gandhi, der indische Heilige und der gerissene europäische Advokat!

Jakob Altmaier.

SPD. Die nach dem fernen Osten entsandte Untersuchungskommission des Völkerbundes ist nach mehr als halbjähriger Abwesenheit wieder nach Europa zurückgekehrt. Der von ihr verfasste, etwa 40 Seiten lange Bericht ist dem Völkerbundssekretariat bereits übergeben worden. Ueber seinen Inhalt ist zunächst strengstes Stillschweigen bewahrt worden. Doch sickert jetzt über die Grundtendenzen dieses Dokuments soviel durch, dass es im wesentlichen für Japan ungünstig augefallen ist.

Das geht auch daraus deutlich hervor, dass die Japaner neuerdings eine ausserordentliche Nervosität an den Tag legen und die Behandlung des Berichtes während der Jahresversammlung des Völkerbundes zu hintertreiben bemüht sind. Sie wollen nach der bewährten Taktik, die ihnen seit einem Jahr bisher

immer geglückt ist, abermals Zeit gewinnen. Unter dem Vorwand, dass die japanische Regierung genügend Zeit haben müsse, um den Bericht zu studieren und Gegenbemerkungen zu verfassen, hat Japan in Genf eine sechswöchige Frist beantragt, vor deren Ablauf das Dokument nicht zur offiziellen Beratung durch den Völkerbundsrat und durch die Völkerbundsversammlung gelangen soll. Das würde bedeuten, dass erst auf der nächsten Ratstagung im Januar 1933 und auf einer besonders einzuberufenden ausserordentlichen Versammlung der Völkerbund sein Urteil über den Konflikt in der Mandschurei fällen und seine Massnahmen beschliessen könnte. Inzwischen würde Japan sein förmliches Protektorat über den von ihm selbst ins Leben gerufenen, angeblich unabhängigen Staat Mandschukuo befestigen können. Aber gerade gegen die Schaffung dieser angeblich unabhängigen Mandschurei, die zu 95 Prozent von Chinesen bevölkert ist, soll nach übereinstimmenden Berichten die Völkerbundskommission scharfen Protest eingelegt haben. Somit würde die Hinausschiebung der Völkerbundsberatungen über den Kommissionsbericht nichts anderes bedeuten als die Verleugnung der Arbeiten der Kommissionsmitglieder und eine weitere Vorschubleistung für die imperialistischen Pläne der japanischen Militärs und Annektionspolitiker.

Inzwischen erfährt man, dass Japan leider wieder einmal mit dieser Verschleppungstaktik Erfolg haben dürfte. Trotz wiederholter Proteste der chinesischen Regierung, die auf einer unverzüglichen Stellungnahme des Völkerbundes zu der provokatorischen offiziellen Anerkennung Mandschukuos durch Japsn besteht, hat der Generalsekretär des Völkerbundes Eric Drummond dem Rat empfohlen, die von Tokio begehrte sechwöchige Frist zu gewähren.

Diese abermalige Kapitulation des Völkerbundes vor dem japanischen Imperialismus wird nur dazu beitragen, das Ansehen der Genfer Institution in der Welt, das durch seine schwächliche und dilatorische Behandlung des chinesisch-japanischen Konflikts bereits schwer gelitten hat, noch mehr zu schädigen. Aber Japan scheint durch seine regelmässig wiederholte Drohung, aus dem Völkerbund sofort auszuscheiden, falls sich Genf in "seine" Angelegenheiten einmische, alles zu erreichen. Diese erpresserische Drohung hat man bereits zu jener Zeit vernommen, als der Völkerbund einen schüchternen Versuch unternahm, dem Massaker der chinesischen Zivilbevölkerung von Schanghai durch japanische Land-, See- und Luftstreitkräfte Einhalt zu gebieten. Jetzt wird diese Erpressung angesichts der bevorstehenden Veröffentlichung des Kommissionsberichts abermals verübt und wieder einmal gibt die führende Völkerbundsbürokratie das Signal zur Kapitulation vor den japanischen Militaristen.

SPD. Paris, 24.September (Eig.Drahtb)

Wie "Paris Midi" und "Paris Soir" aus Genf melden, steht die Unterzeichnung des französisch-russischen Nichtangriffspaktes bevor. Da die Meldung bisher amtlich nicht dementiert worden ist, dürfte an ihrer Richtigkeit nicht zu zweifeln sein.

Die Verhandlungen über den Pakt haben im Juni vorigen Jahres unter der Leitung Briands in Paris begonnen und am 24.August 1931 zur Parafierung des Vertragsentwurfs geführt. Die endgültige Unterzeichnung war aber von dem vorherigen Abschluss eines gleichen Paktes zwischen Polen und Russland und von der im Artikel 5 vorgesehenen Errichtung einer Schiedsgerichts- und Versöhnungkommission zur Regelung aller Konflikte zwischen beiden Staaten abhängig gemacht worden. Nachdem bereits im Dezember vorigen Jahres das Schiedsgerichtsverfahren geregelt worden ist und die polnische Regierung im Juli einen Nichtangriffspakt mit Russland abgeschlossen hat, stehen der Unterzeichnung jetzt keine Hindernisse mehr im Wege. Als Vorbild für das Schiedsgerichtsverfahren hat das deutsch-russische Abkommen vom 25.Januar 1929 gedient. Die Schiedsgerichtskommission soll zum ersten Male 14 Tage nach Unterzeichnung des Abkommen in Moskau zusammentreten.

SPD. Der Preussische Staatsrat ist für Donnerstag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zu dem vom Landtag gefassten Beschluss, am 6.November gleichzeitig mit der Reichstagswahl die Neuwahl der Gemeindevertretungen stattfinden zu lassen. Es ist damit zu rechnen, dass der Staatsrat Einspruch gegen den Beschluss des Landtags erhebt.

SPD. Weimar, 24.September (Eig.Drahtb.)

Reichstagspräsident Goering führte hier in einer Wahlkundgebung der Nationalsozialisten nach einem Bericht der "Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschlands" u.a. folgendes aus:

Die Nationalsozialisten hätten geglaubt, dass mit der letzten Wahl der siegreiche Ansturm gegen das System geglückt sei, heute sähen sie sich getäuscht in diesem Glauben. Die jetzigen Regierungsmänner hätten sich geschickt in die Stellungen hineingeschmuggelt. Das politische Genie der Gegner habe sich darauf beschränkt, grosse Parteien zu zerstören. Man hätte den Nationalsozialisten ein Pöstchen einräumen wollen. Doch wenn man heute die Verantwortung übernehmen solle, seien Postministerium und Eisenbahn dafür nicht die richtige Plattform. Die Rolle, die Hugenberg heute spiele, beweise aufs deutlichst wie berechtigt das Misstrauen der Nationalsozialisten gegen diesen Führer gewesen sei. Es sei schon möglich, dass Hunderttausende von den Nationalsozialiste abschwenkten, dass sie aber zu Hugenberg gingen, sei völlig ausgeschlossen.

Goering fuhr dann fort: "Das Vertrauen meines Führers und meiner Partei hat mich in das hohe Amt des Reichstagspräsidenten berufen. Von diesem Augenblick an hatte ich die Pflicht, die Rechte des deutschen Volkes von diesem Platz aus zu hüten und zu wahren und nicht die deutsche Volksvertretung lächerlich machen und vor den Augen des Auslandes diffamieren zu lassen. Es war mein Pflicht und Schuldigkeit, vor dem Reichspräsidenten, dem deutschen Volke und der Weltöffentlichkeit zu beweisen, dass das Volk Papen ablehnt. Wenn man eine so wichtigen Akt wie die Uebergabe eines Auflösungsdekrets zu vollziehen hat, so ist man verpflichtet, eine gewisse Höflichkeit zu beachten und nicht einfach einen Wisch auf den Tisch zu legen, von dem man einem Sextaner gesagt hätte: "Mein lieber Freund, schreib das noch mal ins Reine!"

SPD. Dresden, 24.September (Eig.Drahtb.

Die Nationalsozialisten haben im Sächsischen Landtag einen Antrag auf Auflösung des Parlaments eingebracht, da es in keiner Weise mehr dem Volkswillen entspreche. Der Antrag hat jedoch keine Aussicht auf Annahme. Von den 96 Mitgliedern des Landtags dürften nur die 13 Nazis, die 10 Deutschnationalen und die 13 Kommunisten für den Antrag stimmen.

SPD. Köln, 24.September (Eig.Dr.)

Der Oberstadtsekretär Herm bei der städtischen Zahlstelle in Köln, ein Vorkämpfer für das "Dritte Reich", hat grosse Unterschlagungen begangen. Im Laufe der letzten zwei Jahre sind wahrscheinlich 40 000 Mark in die Taschen des ungetreuen Beamten geflossen. Herm hat bereits gestanden, dass er Unterschlagungen begangen hat. Die genaue Höhe steht jedoch noch nicht fest.

SPD. Stockholm, 24.September (Eig.Dr.)

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung hat am Sonnabend-Nachmittag ihr Amt angetreten.

In dem Regierungsprogramm des Kabinetts Per Hansson, das am Sonnabend bekanntgegeben wurde, heisst es: Als Grundlage ihrer Arbeit wird der Regierung das von der Sozialdemokratischen Partei bei den Reichstagswahlen aufgestellte Programm dienen. Die Abdrosselungspolitik, die von einigen Staaten betrieben worden ist, hat die ökonomische Krise nur noch verschärft. Der sich daraus ergebende Rückgang des internationalen Warenaustausches hat ein katastrophales Sinken der Produktion und eine entsprechende Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt. Die Regierung hofft die gegenwärtige Krise durch die Beseitigung der Zollmauern beseitigen zu können. Es werden Massnahmen zur Regelung des Imports und Exports getroffen werden müssen, jedoch nur insofern als sie den Grundprinzipien des Freihandels nicht widersprechen. Als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet es die Regierung, den Opfern der Krise zu helfen, was in erster Linie durch die vom Staat zu schaffenden neuen Arbeitsmöglichkeiten geschehen soll. Die Arbeitslosenversicherung bedarf weitgehender Reformen. Durch die Reorganisation des Kriegswesens wird die Regierung versuchen, alle damit zusammenhängenden Ausgaben weitgehend zu kürzen. Ereignisse der letzten Zeit, die das ökonomische und moralische Ansehen des Landes schwer getroffen haben, haben das Problem einer gesellschaftlichen Kontrolle der Handhabung der ökonomischen Werte der Nation in den Vordergrund gerückt. Die schwedische Aussenpolitik verfolgt in erster Linie das Ziel, alle Bestrebungen zum Abbau der internationalen militärischen und ökonomischen Rüstungen zu unterstützen.

SPD. Die Zersetzung der Nazipartei schreitet fort. In Berlin wurde der SA-Sturm 88 wegen Meuterei aufgelöst. In der Berliner Ortsgruppe Andreasplatz traten zum Protest gegen den Ausschluss von 13 Parteimitgliedern weitere 35 aus. In Altona wurden 60 Mann aus der Partei geworfen. Ähnliche Meldungen kommen aus Schleswig und dem Rheinland, vor allem aus Köln und Bonn.

In Sachsen geht es nicht minder bunt zu. Hier hat vor allem der Kuhhandel mit dem Zentrum verheerend gewirkt.

SPD. Paris, 24.September (Eig.Dr.)

Die am 17.September abgeschlossene Statistik über die Zahl der behördlicherseits unterstützten Arbeitslosen in Frankreich verzeichnet 262 100 Arbeitslose, von denen 191 400 Männer und 70 700 Frauen sind. Gegenüber der Vorwoche hat demnach die Zahl der Erwerbslosen um 878 Personen abgenommen.

SPD. Der Reichswehrminister lässt neuerdings erklären, dass eine Besprechung zwischen Gregor Strasser und ihm überhaupt nicht stattgefunden hat. Strasser und Imbusch schweigen dagegen weiter. Sie werden über das Dementi des Herrn Schleicher genau so verwundert sein, wie alle, die von ihrer Besprechung zur Erledigung der Reichskanzlerschaft Hitlers wissen!

SPD. Genf, 24.September (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend fanden in Genf zahlreiche Besprechungen über die Möglichkeit einer Rückkehr Deutschlands zu den Beratungen des Büros der Abrüstungskonferenz statt. Am Vormittag hatte der englische Aussenminister eine Bespre-

chung mit dem französischen Kriegsminister. Ueber den Ausgang dieser Besprechung wird Stillschweigen bewahrt. Abends reiste der französische Kriegsminister nach Paris, um dem französischen Kabinett über die Mitteilungen des englischen Aussenministers Bericht zu erstatten.

Am Nachmittag suchte Reichsaussenminister von Neurath den Präsidenten der Abrüstungskonferenz auf. Beide haben nach dem offiziellen Kommuniqé über diese Besprechung die Entwicklung der Situation auf der Abrüstungskonferenz in freundschaftlicher Form durchgesprochen. Irgendwelche Beschlüsse hätten nach Lage der Sache nicht gefasst werden können. Die Initiative zu dieser Aussprache soll von Henderson ausgegangen sein.

SPD. Paris, 24.September (Eig.Drahtb.)

Eine Agentur-Meldung aus Genf verzeichnet das Gerücht, dass der deutsch-französische Handelsvertrag am Dienstag von Frankreich gekündigt werden würde, wenn die Reichsregierung sich nicht mit der Beseitigung gewisser Zollbindungen d.h. mit der Erhöhung gewisser französischer Zollsätze, die in dem Vertrag als unveränderlich festgelegt sind, einverstanden erkläre.

Auf eine Anfrage beim französischen Handelsministerium wurde dem Pariser Korrespondenten des "Soz.Pressedienst" vom Kabinettschef des Ministers erklärt, dass die Genfer Meldung jeder Begründung entbehre und noch offiziell dementiert werden würde. Die Nachricht wäre auch insofern überraschend, als bisher überhaupt noch keine offiziellen Verhandlungen über den Wunsch Frankreichs, gewisse Zollsätze zu erhöhen, stattgefunden haben. Dass die französische Regierung die Abänderung des Vertrages wünscht, ist bekannt. Bisher haben aber nur unverbindliche Besprechungen darüber, zuletzt in Stresa, zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung stattgefunden.

SPD. Prag, 24.September (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend wurde von dem Kreisgericht Brünn das Urteil in dem vor zwei Monaten begonnenen Prozess gegen sieben Führer der hakenkreuzlerischen Organisationen Volkssport, Jugendverband, Jungvolk, Sportabteilung verkündet. Es wurden verurteilt: der Assistent der deutschen Technik in Prag, Ingenieur Haider, der Beamte Illinger und der Student Metzner zu je drei Jahren Kerker, der Lehrer Donnhäuser zu 2 Jahren Kerker, die Studenten Peter Michels zu 18 Monaten, Paliege zu 15 Monaten und Schwab zu einem Jahre Kerker. Ausserdem wurden die Angeklagten sämtlich zu Geldstrafen und zur Tragung der Prozesskosten verurteilt. Alle verlieren das Wahlrecht und sämtliche bürgerlichen Ehrenrechte.

Die Anklage lautete auf Anschläge gegen die Republik, hochverräterische Zusammenarbeit mit Hitler-Organisationen in Deutschland, Abhaltung militärischer Uebungen, Tragen der verbotenen braunen Uniformen und Bestrebungen zur Gründung des Dritten Reiches nach dem Muster von Hitler.

SPD. Genf, 24.September (Eig.Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat die Veröffentlichung des Mandschurei-Berichts und seine Ueberreichung in Nanking und Tokio auf den 1.Oktober festgesetzt. Der Rat wird erst am 14.November zur Prüfung des Berichts zusammentreten, da die von Japan beantragte Frist von sechs Wochen zwischen Veröffentlichung und Aussprache einstimmig gewährt wurde. Präsident de Valera stellt im Verlauf der Sonnabend-Sitzung des Rates fest, dass Japan die Regelung des Falles

präjudiziert habe durch Anerkennung der Mandschurei und den Abschluss eines Vertrages mit ihrer Regierung. Der Rat stehe also vor einer wesentlich erschwerten Aufgabe, deren Ernst niemand verkennen könne.

Die Berichte der Völkerbundskommission für internationale öffentliche Arbeiten wurden dem Vorbereitungsausschuss der Weltwirtschaftskonferenz überwiesen. Für die Zulassung des Irak als Völkerbundsmitglied sind die formalen und technischen Prüfungen militärischer Art eingeleitet.

SPD. Paris, 24.September (Eig.Drahtb)

Die kommunistische "Humanité" veröffentlicht Auszüge aus zwei Briefen eines Strassburger Soldaten an seinen Vater, in denen mitgeteilt wird, dass bei den Herbstmanövern in den Vogesen zwei Soldaten des 158.Infanterie-Regiments infolge schlechter Ernährung gestorben, einer bei einem Uebungsschiessen getötet und vier während des Rückmarsches nach Strassburg infolge Ueberanstrengung gestorben seien. Bei den Strassburger Jägern sollen die Verluste noch grösser sein.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Reis aller Welt

Liebesdrama hinter Klostermauern.

Die "Wundertaten" des heiligen Mönches - Schüsse in Ciobanul.

SPD. Bukarest, Ende September (Eig.Ber.)

Im Karpathen=Kloster Ciobanul, einer noch aus dem frühen Mittelalter stammenden rumänischen Klosterfestung, hat sich dieser Tage ein blutiges Liebesdrama abgespielt. Der Mönch Calistrat, der den Ruf eines Wundertäters besass, streckte eine junge Bäuerin, mit der er seit Jahren ein heimliches Liebesverhältnis unterhalten hatte, durch mehrere Schüsse nieder. Die Untersuchung des Verbrechens förderte reichlich merkwürdige Einzelheiten über das Klausurleben der mönchischen Büsser zutage.

Weit abseits vom Verkehr.

Das Kloster Ciobanul liegt wie die meisten anderen Klosterfestungen der Balkanhalbinsel tief im Gebirge versteckt. Auf einer vorgeschobenen, phantatisch geformten Felsenmasse erhebt es sich, weit abseits vom Verkehr, über einer wilden Schlucht der Karpathen. In den Wintermonaten, wenn das Felsennest eingeschneit ist und draussen die hungrigen Wölfe heulen, verirrt sich nur selten ein Mensch hierher. In der warmen Jahreszeit hingegen bildet Ciobanul das Ausflugsziel vieler Touristen und Sommerfrischler.

Das uralte Kirchlein ist in seiner urwüchsigen Farbigkeit und mit seinen kräftigen Malereien eine Sehenswürdigkeit. Schüchternheit lag den Künstlern, die hier arbeiteten, fern. Die über der Kirchentür angebrachte Darstellung vom jüngsten Gericht, wo sich im Lager der Gottlosen und Verdammten wüste Lustmolche angstschlotternd an nackte, feiste Weiber drücken, ist nicht von Pappe. Der Preussenkommissar Bracht würde dieses Gemälde bestimmt übertünchen oder seinen Figuren wenigstens Schamhöschen anpinseln lassen...

Gesellige Einsiedelei.

Obgleich das Kloster mehr als 100 Insassen aufnehmen könnte, beherbergt es nur vier Mönche. Der Andrang zum Einsiedlerleben scheint nicht allzu gross zu sein. In Ciobanul herrschen, wie in den meisten orthodoxen Klöstern, keine sehr strengen Regeln. Die Mönche empfangen Verwandte und Bekannte, Männer und Frauen, in ihren Zellen, ohne einer schärferen Kontrolle unterworfen zu sein. Wenn in den Sommermonaten täglich zahlreiche Pilger und Besucher eintreffen, herrscht lautes Leben und Treiben im Klosterhofe. Ueberall ertönen religiöse und weltliche Lieder. Die Zellen der Mönche sind zu Gaststuben geworden. Der Pförtnerbruder Nicandu, der auch die Schlüssel zum Weinkeller verwahrt, besitzt sogar ein Grammophon mit zahlreichen Platten. Als ich vor einem Monat in seiner Zelle sass, erzählte er mir bei einem Glase feurigen Landweines vom Leben der Mönche; schliesslich deutete er verschmitzt auf das Grammophon: "So ein bischen flotte Musik braucht auch der Einsiedler, denn so ganz allein ist nicht immer fein?."

Warum die Mönche schwiegen...

Doch lockte weniger die landschaftlich prächtige Lage des Klosters als vielmehr der wundertätige Ruf des jungen Mönches Calistrat die meisten Besucher an. Der Volksmund erzählte sich gar seltsame Dinge von diesem Einsiedler. Die einen wussten von Krankenheilungen, die anderen von Teufelsbeschwörungen. Calistrat galt als Wundertäter, und man verehrte ihn wie einen Heiligen. Viele Kranke, zumeist Frauen und Mädchen, kamen zu ihm.

Er legte ihnen die Hände auf und gab ihnen aus Gebirgskräutern gebraute Mixturen zu trinken, die angeblich Wunder taten. Der Klosterober und die beiden anderen Brüder schienen von der magischen Wunderkraft ihres Mitbruders nicht ganz so überzeugt zu sein. Sie schwiegen jedoch, um die sich häufenden mildtätigen Gaben nicht versiegen zu lassen.

Orgien in der Klosterzelle.

Die vier Schüsse, die vor einigen Tagen die nächtliche Klosterstille zerfetzten, rissen auch den Schleier von den "Geheimnissen" des Wundermönches Calistrat fort. In der Zelle des Magiers, der geflüchtet war, fanden die verstörten Mönche eine splitternackte, schwerverwundete Frau am Boden liegen: die junge hübsche Bäuerin Jleana aus dem nahen Dorfe Bughea, seit Jahren die heimliche Geliebte Calistrats. Da Jleana Besorgungen für das Kloster erledigte und obendrein als fromme Gläubige galt, war es niemandem aufgefallen, dass sie recht häufig auch die Zelle von Calistrat betreten hatte. Jleana aber beichtete auf dem Totenbett, dass sie von dem wüsten Treiben ihres Geliebten wusste: er hätte seine medizinischen Kenntnisse dazu benutzt, recht viele Frauen und Mädchen an sich zu locken. Seine Zelle sei fast alltäglich die Stätte wüstester Ausschweifungen und Orgien gewesen. Als ihm schliesslich Jleana, von wilder Eifersucht gepackt, angedroht hatte, sein Treiben dem Klosteroberen zu verraten, griff Calistrat in blinder Wut zum Revolver.

Das Geständnis.

Der inzwischen verhaftete Calistrat hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Nach seinen Behauptungen hat er allein im letzten Sommer nicht weniger als 60 Frauen und Mädchen von der wilden und unheiligen Sinneslust, die ihre Gesundheit und ihren Körper zerrüttet habe, "kuriert". Auf die Frage des Untersuchungsrichters, ob er nie Gewissensbisse darüber verspürte, dass er eine heilige Klosterstätte geschändet und seine frommen Mitbrüder schwer betrübt habe, fuhr Calistrat wütend auf: "Diese Gottesmänner haben mir herzlich wenig vorzuwerfen. Sie sollen erst den Balken aus ihrem eigenen Auge ziehen..."

L.

\+ + +

Ein klassischer Zeuge. In der Sonnabend=Verhandlung des Berliner Sondergerichts gegen die des gemeinsamen Totschlags beschuldigten kommunistischen Arbeiter beantragte die Verteidigung der Angeklagten u.a. die Heranziehung des Strafregisters des Zeugen SA.=Mann Holzmann. Der Zeuge Holzmann, der durch seine Aussagen die Angeklagten schwer belastete, ist vom Schöffengericht Kassel wegen schweren Raubes zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Um sich zu rächen, beantragten nunmehr die Nazi=Anwälte der Nebenkläger die Heranziehung des Vorstrafenregisters des Zeugen Engelhardt jun. Engelhardt jun., der durch seine Aussagen die Mitglieder des Mordsturms 33 in den allem Anschein nach berechtigten Verdacht des Totschlags gebracht hat, wurde während der Inflationszeit zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er einem Mann, der ihn "Lump" nannte, in der Erregung eine Ohrfeige gegeben hat...

Mit der Schuld des Mordsturms 33 beschäftigt sich ein weiterer umfangreicher, ausführlich begründeter Beweisantrag der Verteidigung. Die Mitglieder jenes Sturms sollen als Zeugen geladen und den Mitgliedern der Familie Engelhardt gegenübergestellt werden. Die Familie Engelhardt hat nach ihrer Freitag=Aussage gesehen, wie SA.=Leute in der Nacht des Röntgenstrassen=Zusammenstosses aus ihrem Verkehrslokal auf die Strasse herausstürzten, in Schützenlinie ausschwärmten und schossen. Die Nazi=Anwälte der Nebenkläger versuchten diesen Beweisantrag zu sabotieren. Sie meinten, es sei für den Verlauf des Verfahrens belanglos, ob auch von Nationalsozialisten geschossen worden sei (!). Wesentlich wäre nur die Feststellung, ob die Angeklagten schuldig seien. Die Formulierung des bei einer Gerichtsverhandlung unter

Beweis zu stellenden Themas wäre die Sache des Untersuchungsrichters...Die Nazi=Anwälte irren. Es gibt bei den sonderbaren Sondergerichtsverfahren überhaupt keinen Untersuchungsrichter.Der Verteidiger der Angeklagten wies deshalb auf die Verwerflichkeit der Methode hin,den jungen Menschen,die um ihren Kopf ringen,Beweismittel aus formal=juristischen Gründen abschneiden zu wollen.Die Methode erscheint umso verwerflicher,als selbstverständlich die Beantwortung der Frage,ob von Nazis geschossen wurde,sehr erheblich ist für die Beurteilung des Verhaltens der Angeklagten.Der Nazi=Anwalt meinte hingegen,dann dauere doch der Prozess so lange - -.Das Gericht wird am Montag entscheiden.

Die Entscheidung des Gerichts dürfte möglicherweise auch dadurch bestimmt sein,dass der als Sachverständige vernommene Medizinalrat Dr.Dyrenfurth,der den Leichnam des erschossenen SA.=Mannes Gatschke obduziert hat, feststellte aus dem Befund könne man nicht schliessen,aus welcher Richtung geschossen worden sei.Dr.Dyrenfurth übte sehr heftige Kritik daran,dass er nicht gleichzeitig den Anzug des Erschossenen zur Untersuchung bekommen habe. Aber es steht ja bereits fest,dass überhaupt die Vorbereitungen zu diesem Prozess - gelinde gesagt - reichlich leichtfertig und bestimmt nicht ohne Einseitigkeit geführt worden sind. Am ungeheuerlichsten ist in dieser Richtung wohl eine inzwischen polizeilich bestätigte Behauptung des Zeugen Engelhardt sen. Der Zeuge erklärte eine falsche Angeklagten=Rekognoszierung damit,dass ihm die Bilder,die zur Identifizierung dienen sollten,bei der Polizei unter dünnem Schreibmaschinenpapier gezeigt wurden.Engelhardt sen. hatte auf diese Weise den Angeklagten Sterdt als Beteiligten ausgegeben; vor Gericht gab er dann an,dass er in Wirklichkeit einen Nationalsozialisten gemeint habe,den er auch genau beschrieb. Man nimmt an,dass die Staatsanwaltschaft gegen diesen Nazi sowie gegen zwei weitere Tatverdächtige Haftbefehl erlassen wird.

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es in der Sonnabend=Sitzung noch, als der Verteidiger der Angeklagten von jener hysterischen Frau X.,die die meisten Angeklagten so ausserordentlich schwer belastete,wissen wollte,welcher Art ihre bisher durchgemachten Operationen,von denen die Zeugin sprach, gewesen seien. Der Verteidiger glaubte aus der Beantwortung der Frage Rückschlüsse auf die Glaubwürdigkeit der Zeugin ziehen zu können. Die Frage wurde vom Gericht abgelehnt. Dass sie überhaupt gestellt wurde,bezeichnete die Zeugin als "Frechheit"; ebenso war sie empört darüber, "dass die Presse sie durch den Kakao zieht", dass sie wegen ihres fremdländischen Akzents jetzt als "polnische Zicke" gelte und dass sie sogar eine Postkarte mit der Aufforderung bekommen habe, "ihren Saftladen" - eine Kolonialwarenhandlung - zu schliessen. Die Zeugin erklärte,dass sie aus Kurland stamme und Tochter eines russischen Generals sei. Was ihren Kommunistenhass,ihre schweren Beschuldigungen und die von ihr veranlassten Fehlverhaftungen - zu ihnen erklärte sie am Sonnabend:"Da habe ich mich vergriffen" - wesentlich bestimmt haben dürfte...

\+ + +

Werkspionage? Der 40jährige Betriebsingenieur beim Kabelwerk Oberspree der AEG Berlin, Fritz Schröder, und der 62jährige Chemiker Dr.Max Herz, Vertreter einer Berliner Farben= und Lackfabrik, wurden unter dem Verdacht der fortgesetzten Werkspionage zu Gunsten einer fremden Macht verhaftet. Beide sollen die Konstruktion einer neuen wichtigen Maschine mehreren ausländischen Firmen zum Kauf angeboten haben. Die Beschuldigten werden sich vor dem Sondergericht zu verantworten haben.

\+ + +

Verhafteter Geldfälscher. Am Sonnabend wurde in Berlin ein von verschiedenen Staaten gesuchter internationaler Vertreiber von Falschgeld verhaftet. In Deutschland lebte er unter dem Namen Döring,sein richtiger Name ist Hennies.

Wirtschaft Technik Handel

Not der Kohle.

Förderung unter Stand von 1913. - Starker Abbau der Belegschaften. - Lohndruck bei beispielsloser Leistungssteigerung.

SPD. Der Reichskohlenverband gibt in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1931/32 wertvolles Zahlenmaterial über den Niedergang im Kohlenbergbau. Für die Arbeiterschaft ist dieser Niedergang mit ungeheuren Opfern verknüpft gewesen. Einmal wurden die Belegschaften brutal abgebaut, des andern ist die Tatsache festzustellen, dass bei einer beispielslosen Leistungssteigerung pro Kopf und Schicht stärkster Lohnabbau durchgeführt worden ist.

In der gesamten Weltkohlenwirtschaft betrug während des Jahres 1931 die Förderung an Steinkohlen nur noch 79,8 % und an Braunkohlen 77,5 % der Förderung von 1929. Die Weltkokserzeugung verringerte sich um 31,9 %; besser hielt sich die Briketterzeugung (Rückgang gegenüber 1929 um 19,1 %). Am meisten betroffen wurden die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Rückgang beträgt hier gegenüber 1929 = 28,1 % in der Steinkohlenförderung, 32,3 % in der Braunkohlenförderung, 43,7 % in der Kokserzeugung und 42,4 % in der Brikettherstellung. Unter den europäischen Staaten litten besonders England und Deutschland. In England verringerte sich die Steinkohlenförderung von 247,8 Millionen Tonnen im Jahre 1930 auf 223,7 Millionen Tonnen im Jahre 1931, in Deutschland von 142,7 Millionen Tonnen auf 118,6 Millionen Tonnen. Besser liegen die Verhältnisse für Russland, Polen und Holland, wo der Kohlenbergbau noch in der Erweiterung begriffen ist. Für die deutschen Verhältnisse ist gegenüber den entsprechenden Zahlen des Jahres 1913 im Jahre 1931 ein Rückgang der Steinkohlenförderung um 15,7 % und der Kokserzeugung um 28,3 %, im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1932 bei der Steinkohlenförderung ein Rückgang um 27,4 % und bei der Kokserzeugung um 38,9 % festzustellen.

Man fragt sich, wie sich diese Not der Kohle ausgewirkt hat? Bei Beantwortung der Frage kommt es auf drei Dinge an, der Belegschaftsabbau, die Lohnreduzierungen und die Leistungssteigerungen. Wir versuchen die Entwicklung in folgenden Zahlen festzuhalten:

Im Ruhrgebiet verringerte sich die Gesamtbelegschaft, immer im Durchschnitt des Jahres 1930 und im Durchschnitt des Jahres 1931 gegen Ende März 1932, von 314 973 bezw. 236 048 auf 191 678, in Oberschlesien von 48 922 bezw. 43 250 auf 37 493, in Niederschlesien von 24 991 bezw. 19 067 auf 16 413, in Aachen von 24 703 bezw. 24 687 auf 24 079, in Sachsen von 19 543 bezw. 16 527 auf 15 305, Niedersachsen mit Ibbenbüren von 6 408 bezw. 5 954 auf 5 911 und im Saarrevier von 55 849 bezw. 52 342 auf 46 536. Nicht anders war es in der Braunkohle. Im ostelbischen Braunkohlenbergbau liegt eine Belegschaftsverringerung, immer für die oben angegebene Zeit, von 26 661 bezw. 23 066 auf 20 800 vor, im mitteldeutschen von 33 927 bezw. 31 723 auf 27 469 und im rechtsrheinischen Bayern in der Braunkohle von 1 036 bezw. 353 auf 269 und in der Pechkohle von 5 261 bezw. 4604 auf 4 822.

Dabei vollzog sich eine beispielslose Leistungssteigerung, die aber mit stärkstem Lohnabbau vergolten wurde. Man muss sich immer klar machen, dass

in Deutschland während des Jahres 1926 erst 58,1 % aller geförderten Steinkohlen maschinell gewonnen wurden. 1930 waren es 82,5 % und 1931 = 84 %. Die Entwicklung der Leistung pro Schicht und Kopf geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	1913	Durchschnitt 1931	Erstes Vierteljahr 1932
Steinkohle Arbeiter, Untertage, pro Kopf u. Schicht in kg.			
Ruhrbezirk	1 161	1 888	2 032
Oberschlesien	1 636	2 103	2 151
Niederschlesien	928	1 141	1 169
Aachen	957	1 268	1 374
Freistaat Sachsen	917	993	1 026
Braunkohle: (in Tonnen)			
Mitteldeutschland a) Arbeiter Untertage	4,898	6,143	6,312
b) Tagebau	6,82	21,01	31,722
Ostelbien Tagebau	7,725	18,763	23,7
Bez. Köln Tagebau	12,175	24,5	26,70.

Seit 1913 erleben wir sensationelle Steigerungen, im Ruhrgebiet beispielsweise auf 176 %, in Mitteldeutschland auf 465 %, in Ostelbien auf 306 % und im Bezirk Köln auf fast 220 %.

Dagegen wurden die Löhne im Ruhrbezirk, Barverdienst je verfahrene Schicht der unterirdisch Beschäftigten, von 9,32 Mark im Durchschnitt 1931 auf 7,94 im ersten Vierteljahr 1932 abgebaut, in Aachen von 8,17 auf 6,91, in Oberschlesien von 7,33 auf 6,22, in Niederschlesien von 6,68 auf 5,70. Im ostelbischen Braunkohlenrevier sank der Lohn in derselben Zeit von 7,07 auf 5,85, im Kölner Revier von 8,80 auf 7,20 und im mitteldeutschen Revier von 7,24 auf 6,43 Mark.

In einer Preisermässigung hat sich diese fürchterliche Blutabzapfung nicht ausgewirkt. Der Lohnabbau hat zu guterletzt nur Kaufkraft erschlagen und den Absatz des Kohlenbergbaus vermindert. Trotzdem halten es die Kohlenbarone an der Zeit, neue Lohnkürzungen vorzunehmen.

Die Bergarbeiter haben sich mit allen Kräften dagegen zu wehren!!

SPD. Das Braunkohlen-Schwelkraftwerk Hessen-Frankfurt (Hefrag), das die Preag (Preussische Elektrizitäts A.G.) vor Jahren gelegentlich des Streits um das Maingebiet übernehmen musste, sieht sich zu einer einschneidenden Sanierung gezwungen. Dahin gehört zunächst mal die Beschaffung einer Anleihe in Höhe von 10 Millionen schweizer Franken durch die der Preag nahestehenden Continentalen Elektrizitäts-Union in Basel, wodurch die Bankschulden der Hefrag von fast 17 Millionen Mark auf rund 9,63 Millionen Mark zurückgehen. Das verflossene Jahr hat bei der Hefrag mit einem Verlust von 1,91 Millionen Mark abgeschlossen, der sich durch Sonderabschreibungen, besonders auf die stillgelegte Raffinerie in Frankfurt/Main, und durch den Verlustvortrag auf 4,9 Millionen Mark steigert. Der Verlust wird durch eine Kapitalsherabsetzung - die Prwag stellt die notwendigen Aktien zur Verfügung - um 2,5 Millionen auf 7,5 Millionen vermindert. Weiter springt die Preag der Hefrag mit 2 Millionen Mark im Verrechnungswege bei, die in der Bilanz der Preag bereits im vorigen Jahre abgebucht sind. Es verbleibt somit ein Verlustvortrag von 400 ooo Mark.

SPD. Die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg hat schon vor Wochen die Schlachtsteuer eingeführt. Jetzt hat sich auch die württembergische Regierung zu dieser Steuer entschlossen.

Ausserdem hat sich die württembergische Regierung, gegen den Einspruch der Sozialdemokratie, für die Einführung der Filialsteuer nach thüringischem Muster entschlossen. Diese Massnahme trifft besonders die Konsumgenossenschaften. Wie gerade die Filialsteuer auf die Arbeitsbeschaffung wirken muss, geht aus einer Bestimmung in der württembergischen Regelung hervor, wonach Gemeinden in solchen Fällen von der Einführung der Filialsteuer absehen können, wenn sich ungünstige Wirkungen für den Arbeitsmarkt ergeben. Soweit die Fleischsteuer in Frage kommt, ist eine Bestimmung vorgesehen, die es dem Metzger verbietet, die Schlachtsteuer dem Käufer in Rechnung zu stellen. In Wirklichkeit wird sich die "Abwälzung" in der Art vollziehen, dass bei steigenden Preisen der Konsument die Steuer trägt, bei sinkenden Preisen dagegen der Metzger und der Landwirt. Bestimmungen über die "Abwälzung", wie sie Württemberg erlassen hat, pflegen nur auf dem Papier zu stehen.

Es muss daran erinnert werden, dass die preussische Regierung Braun, bestehend aus Sozialdemokraten und Zentrum, sich zur Einführung der Schlachtsteuer nur unter Druck des Reiches - Drohung mit dem Reichskommissar! - entschloss. Weiter war es bei der Regierung Braun ausgemachte Sache, die Fleischsteuer so bald als möglich wieder verschwinden zu lassen. Gegen die Schlachtsteuer in Preussen liefen damals besonders die Schlächter und die Rechtsparteien Sturm. In Berlin kam es sogar unter Führung von Nazis zu der Bildung von Kampf- und Streikausschüssen. Jetzt, wo nationalsozialistische rechtsradikale Regierungen die Fleischsteuer einführen, wird sie von den Kreisen, die damals die Fleischsteuer politisch gegen die Weimarer Koalition ausnutzten, ohne viel Protest hingenommen.

Württemberg begründet die Einführung der Fleischsteuer mit seiner Finanzkrise. Ausser der Schlachtsteuer, die 4 Millionen Mark bringt, enthalte die Notverordnung noch die Bestimmung der Hinausschiebung der Auszahlung der Beamtengehälter um einen halben Monat, wodurch sich die Kassenlage bis zum Schluss des Planes um 3 Millionen Mark verbessern soll. Im übrigen ändert die Notverordnung das Gesetz über das 8. Volksschuljahr, das bis zum 1. April 1933 überall im Lande eingeführt sein sollte, dahin ab, dass dessen Einführung in den Gemeinden, wo es nicht besteht, "bis auf weiteres" zu unterbleiben hat.

SPD. Auf dem 2. Ostdeutschen Bauhüttentag, der am Sonnabend in Frankfurt a.d.Oder stattfand, wurde folgende Entschliessung angenommen:

"Der zweite Ostdeutsche Bauhüttentag ist der festen Ueberzeugung, dass gerade im Osten Deutschlands die weitere energische Durchführung der ländlichen Siedlung eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen Republik im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Verelendung der Bevölkerung sein muss. Der ostdeutsche Bauhüttentag erklärt, dass die deutschen Bauhütten ihre Erfahrungen im Bau- und Siedlungswesen allen Siedlungsträgern bereitwilligst zur Verfügung stellen. Er erwartet deshalb von Reich und Staat, dass die Bauhütten zur Mitarbeit bei der Durchführung der Siedlungsvorhaben herangezogen werden.

Der Bauhüttentag hält das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung für ungenügend. Er empfiehlt eine Erweiterung im Sinne der Forderungen der Gewerkschaften; insbesondere fordert der Bauhüttentag die Bereitstellung von Krediten zur Fertigstellung der liegen gebliebenen Bauvorhaben, die in Ermangelung von Zwischenkrediten für bewilligte Hypo-

theken nicht beendet werden kommen. Der Bauhüttentag erwartet, dass die gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft bei Uebernahme von Reichsbürgschaften für Kredite zur Durchführung von Hausreparaturen und Teilung von Grosswohnungen genau so berücksichtigt werden wie das private Hausbesitzer- und Unternehmertum. Er erwartet weiter, dass die deutschen Bauhütten bei Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms weitgehende Berücksichtigung finden."

Weizen steigt weiter.

(Berliner Getreidebörse vom 24. September.)

SPD. Am Sonnabend war die Situation an der Berliner Produktenbörse gegenüber dem Vortage kaum geändert. Zwar ist das Angebot an Weizen nach den letzten Preissteigerungen etwas stärker geworden. Andererseits besteht aber weiter einiges Kaufinteresse für Exportzwecke und gute Kauflust der Mühlen zur Auffüllung ihrer Vorräte. Demzufolge konnte die Preisaufwärtsbewegung in Weizen weitere Fortschritte machen, sodass die Notierung am Promptmarkt um 1 Mark, am Markte der Zeitgeschäfte um ½ bis 1 Mark höher lag. Roggen dagegen schwächte sich weiter ab. Die Verstimmung über die Einfuhren an polnischem Roggen hielt an, während die Kauflust des Inlands recht gering blieb. Stützungskäufe verhinderten einen Rückgang der Promptnotiz, während am Markte der Zeitgeschäfte sich Abschwächungen ergaben, die sich um etwa 1 Mark herum bewegten. Am Mehlmarkt erfolgten weitere Abrufe auf laufende Weizenmehl-Kontrakte, ohne dass grössere Neuabschlüsse erfolgten. Roggenmehl blieb weiter lustlos und wurde zum Teil billiger angeboten. Hafer hatte stetige Tendenz. Bei kleinem Angebot waren die Forderungen zum Teil erhöht. Für erstklassige Braugerste bestand Interesse, jedoch war es schwer, die hohen Forderungen der Eigner durchzusetzen.

	23.9.	24.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	209 - 211	210 - 212
Roggen	160 - 162	160 - 162
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industriegerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	136 - 141	136 - 141
Weizenmehl	25,25 - 29,75	25,25 - 29,75
Roggenmehl	21,00 - 23,40	21,00 - 23,40
Weizenkleie	9,70 - 10,10	9,70 - 10,10
Roggenkleie	8,50 - 8,90	8,50 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Sept. 224 (Vortag 222), Oktober 221 (220¼) Dezember 222 (221½) März 225¾ (225¾), Roggen September 171½ (172½), Oktober 171 (171½) Dezember 172 (172), März 173¾ (175) Hafer September - (147), Dezember 143¾ (-).

SPD. Nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums bleibt die Devisenzuteilung für Einfuhren nach Deutschland in Höhe von 50 %, die nun seit Mai 1932 in Kraft ist, auch für Oktober bestehen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Buchbinderinternationale.

Tagung in Wien.

SPD. In Wien fand dieser Tage der 8. Kongress der Buchbinderinternationale statt. Die Buchbinderorganisationen zählen zu den Verbänden, die schon frühzeitig den Wert des internationalen Zusammenschlusses erkannt haben. Im Jahre 1907 kam es zur formellen Errichtung eines internationalen Sekretariats, nachdem bereits seit 11 Jahren das Hilfsmittel der Gegenseitigkeitsverträge in Anwendung gekommen war. Diese Verträge brachten in der Hauptsache den wandernden Verbandsmitgliedern ansehnliche Erleichterungen durch festumrissene Uebertrittsbedingungen, die den Bezug von Reiseunterstützung auch im fremden Land sicherten. Heute sind der Internationalen Buchbinderföderation 15 Verbände in 14 Ländern mit rund 100 000 Mitgliedern angeschlossen. Zu dem Wiener Kongress hatten 12 Organisationen aus 11 Ländern Vertreter entsandt. Finnland, Jugoslawien und Rumänien waren infolge finanzieller Schwierigkeiten nicht vertreten. Leider fehlte auch England, weil dort unmittelbar vor dem Kongress der Buchbinder der englische Gewerkschaftskongress stattfand.

In Mittelpunkt der Wiener Beratungen standen naturgemäss die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die von dem Obmann des österreichischen Verbandes Grünfeld beleuchtet wurden. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschliessung. Darin erklärt der Kongress die Fünftagewoche von insgesamt vierzig Stunden ohne jede Verminderung des Reallohns als eines der gewerkschaftlichen Hauptziele zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er empfiehlt den angeschlossenen Verbänden, bei jeder Verkürzung der Arbeitszeit für die ausfallenden Arbeitsstunden die Einstellung arbeitsloser Berufsangehöriger zu verlangen. Weiter fordert er umfassende Arbeitsbeschaffung und gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten durch Ausbau der paritätisch zusammengesetzten öffentlichen Arbeitsnachweise, die "gesetzlichen Zwangscharakter" erhalten müssten. In den Ländern, in denen solche Arbeitsnachweise noch nicht bestünden, müsse deren Einführung mit allen Mitteln erkämpft werden. In allen Staaten sei im übrigen die Forderung zu erheben, die Arbeitslosen während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit durch die öffentlichen Stellen so zu unterstützen, dass ihr Lebensunterhalt nicht gefährdet werde.

Grösste Empörung löste auf dem Kongress das Verbot der "Deutschen Buchbinderzeitung" aus, das in der Debatte über den vom Sekretär Hochstrasser-Bern erstatteten Geschäftsbericht zur Sprache kam. Die nichtdeutschen Vertreter fanden es unbegreiflich, wie sich in Deutschland Zustände entwickeln konnten, die nun auch zur Missachtung des Rechts der freien Meinungsäusserung geführt haben. Unverständlich sei das Verbot, weil es ein Gewerkschaftsorgan treffe, das sich stets durch eine ruhige und vornehme Sprache ausgezeichnet habe. Wenn Deutschland nun auch zum Verbot der Gewerkschaftsorgane übergehe, dann riskiere es seinen guten Ruf im Ausland. Mit schärfstem Nachdruck erklärte der Kongress in einer besonderen Entschliessung zum Verbot, dass die Bestrebungen der Arbeiterklasse niemals durch diktatorische Massnahmen unterdrückt werden könnten. Das Verbot der "Deutschen Buchbinderzeitung" sei ein Eingriff in das Recht der Interessenvertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Der Kongress protestierte aufs schärfste gegen den

Gewaltstreich der Regierungsorgane, und versprach, die deutschen frei-organisierten Buchbinder in ihrem Kampf gegen alle Unterdrückungsversuche tatkräftigst zu unterstützen.

Bei der Erörterung der Organisationsangelegenheiten kam zur Sprache, dass die spanische Organisation wohl schon vor längerer Zeit ihren Beitritt erklärt habe, bis jetzt aber den aus diesem Beitritt sich ergebenden Pflichten nicht gerecht geworden sei. Das Sekretariat wurde beauftragt, dafür zu sorgen, dass auch der spanische Verband seinen Verpflichtungen nachkommt. Schwierig gestalteten sich die Verhandlungen über die schon seit Jahren offene tschechische Organisationsfrage. Nach den Satzungen der Föderation kann ihr aus jedem Land nur ein Verband angehören. Den beiden freigewerkschaftlichen Verbänden in der Tschechei ist wiederholt von früheren Kongressen aufgegeben worden, sich zu vereinigen. Bis jetzt hatte jedoch dieser Appell keinen Erfolg. Von neuem wurden daher die tschechischen Verbände aufgefordert, nun endlich ernstlich in Fusionsverhandlungen einzutreten. Man rechnet damit, dass gleichgeartete Bestrebungen der Lithographen und Steindrucker, wie sie zur Zeit unter Mithilfe des IGB im Gang sind, zur Förderung des Zusammenschlusses der tschechischen Buchbinderverbände beitragen. Die mit dem Beginn des Jahres in Kraft gesetzte Aenderung in der Beitragserhebung fand nachträglich die Genehmigung durch den Kongress; die Aenderung bezweckt eine Vereinfachung der Abrechnung und bringt eine gleichmässigere Belastung der einzelnen Verbände. Ein Antrag des jugoslawischen Verbandes auf Einführung neuer Mitgliedsbücher zwecks besserer Kontrolle beim Unterstützungsbezug der wandernder Verbandsmitglieder wurde aus finanziellen und organisatorischen Gründen abgelehnt.

Als Sitz des Sekretariats wurde wieder Bern bestimmt. Hochstrasser bleibt internationaler Sekretär. Auch die Körperschaften, die in der Zeit zwischen den internationalen Kongressen die Internationale zu führen haben, wurden wiedergewählt. An Stelle des langjährigen verdienstvollen Leiters der Föderation, Haueisen-Berlin, der aus Gesundheitsrücksichten aus der Leitung des deutschen Verbandes am 1. Oktober ausscheidet, trat Drehwald-Berlin. Der Kongress sprach Haueisen für seine erfolgreiche Arbeit Dank und Anerkennung aus. Der Tagungsort für den nächsten Kongress wurde noch nicht festgesetzt. Beworben haben sich Prag und Strassburg.-

Auf der Tagung kam auch der Streik in der Buchbindereimaschinenfabrik Krause in Leipzig zur Sprache. Einstimmig kam zum Ausdruck, dass die Buchbindereien und verwandte Branchen keineswegs gezwungen seien, nur mit Krause-schen Maschinen zu arbeiten. Auch von Vertretern ausländischer Verbände wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sie sehr wohl in der Lage wären, die Benutzung Krause'scher Maschinen zu unterbinden.

SPD. Der Schlichter für Westfalen, Professor Dr. Brann, fällte am Sonnabend im Lohn- und Arbeitszeitstreit im Ruhrbergbau zwei Schiedssprüche: Der bestehende Lohntarif wird unverändert verlängert. Diese Regelung tritt am 1. Oktober 1932 in Kraft und ist erstmalig mit Monatsfrist zum 31. Januar 1933 und dann laufend mit Monatsfrist kündbar. Die bisher im Tarifvertrag und im Mehrarbeitsabkommen geregelte Arbeitszeit wird in folgender Weise geregelt: Das bisherige Mehrarbeitsabkommen wird als Ganzes Bestandteil des § 2 des Manteltarifes, der entsprechend geändert wird. Der entscheidende Satz lautet nun: "Die Schichtzeit der Untertagearbeiter dauert für jeden einzelnen Mann von Beginn der Seilfahrt bei der Einfahrt bis zum Wiederbeginn bei der Ausfahrt sieben Stunden. Hierzu tritt eine Mehrarbeit von einer Stunde." Diese Arbeitszeitregelung tritt am 1. Oktober 1932 in Kraft und gilt, da sie nun einheitlich im Tarifvertrag geregelt ist, inbezug auf Dauer und Kündigungs-

art gleichlautend mit dem Tarif.

Der Zechenverband hat nur den Schiedsspruch über die Arbeitszeit, die Gewerkschaften haben nur den Spruch über den Lohn angenommen. Die Nachverhandlungen finden am Dienstag in Berlin statt.

SPD. Die Streikbewegung in der Langenbielauer Textilindustrie hält an. Gegenwärtig befinden sich rund 630 Mann im Ausstand. Die Firma Flechtner, die einen Lohnabzug von 20 Prozent für die 31. bis 40. Wochenstunde fordert, hatte dieser Tage durch Aushang die fristlose Entlassung aller über Montag hinaus im Streik verharrenden Arbeiter angekündigt. Die Belegschaft beschloss einmütig, die Arbeit nur zu den alten Lohnsätzen wieder aufzunehmen.

SPD. In Arnoldsweiler bei Düren traten die Pflichtarbeiter in den Streik. Sie verlangten einen Zuschlag zur Unterstützung. Vor dem Bürgermeisteramt kam es mehrfach zu Zusammenrottungen. Die Polizei schritt mit dem Gummiknüppel ein. Daraufhin zogen die Demonstranten nach Düren vor das Landratsamt, um durch eine Abordnung einen Unterstützungszuschlag zu fordern. Auch hier griff die Polizei mit dem Gummiknüppel ein. Zwei Personen wurden verhaftet.

SPD. Die Betriebsleitung der Lederfabrik von Pnecht & Wördemann in Schleswig hatte durch Anschlag bekanntgegeben, dass sie einen Lohnabbau von 40 Prozent für die 30. bis 40. Stunde durchführen werde, weil mehrere Neueinstellungen erfolgt seien. Die 137 Mann starke Belegschaft, die zu 90 Prozent organisiert ist, beschloss, den angekündigten Lohnraub mit allen Mitteln zu verhindern. Die Firma hat sich nunmehr bereit erklärt, auf den Lohnabzug zu verzichten.

In einer Belegschaftsversammlung kam die Empörung über das unerhörte Treiben der Kommunisten, die auch in der gegenwärtigen, für die Arbeiter gefährlichen, Situation nichts anderes zu tun wissen, als die freien Gewerkschaften und ihre Führung zu bekämpfen, sehr scharf zum Ausdruck.

+

Der Streik der Lederarbeiter gegen den Lohnkürzungsversuch der Lederfabrik Hallenstein & Co. in Krempe (Schleswig-Holstein) ist mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter abgeschlossen worden. Die Firma hat der Betriebsvertretung mitgeteilt, dass sie auf die beabsichtigte Lohnkürzung von 20 Prozent für die 30. bis 40. Arbeitsstunde verzichte, worauf die Belegschaft die bisher geübte passive Resistenz einstellte.

SPD. Die seemännischen Berufsorganisationen haben die Lohn- und Gehaltsabbauforderungen der Reeder abgelehnt. Am kommenden Dienstag sollen Verhandlungen zwischen den Tarifkontrahenten stattfinden. Die Abbauforderungen der Reeder bedrohten die Sicherheit der deutschen Kauffarteischiffe auf See. Es ist bezeichnend, dass die Grossreedereien zunächst noch mit der Durchführung ihrer Abbaupläne für die Passagierdampfer bis zum 30. November warten wollen. Am 1. Oktober soll jedoch für den grössten Teil der Frachtdampfer mit dem Abbau begonnen werden. Die Reeder werden bei den Schiffsbesatzungen auf schärfsten Widerstand stossen.